

Bund verschläft Hilfe für Kinderspitäler

Die Kinderspitäler stecken seit Jahren in Geldnot. Der St. Galler Ständerat Benedikt Würth fordert Antworten vom Bundesrat.

Adrian Vögele

Das Problem ist längst bekannt: Die Kinderspitäler in der Schweiz sind unterfinanziert. Das Ostschweizer Kinderspital bleibt jedes Jahr auf rund zehn Millionen Franken ungedeckten Behandlungskosten sitzen. Betroffen sind vor allem ambulante Behandlungen, gerade dort sind die Tarife zu niedrig.

Die Ostschweiz hat deswegen schon vor Jahren in Bundesbern interveniert – zusammen mit weiteren Standortregionen von Kinderspitälern, etwa den beiden Basel. Die Kritikerinnen und Kritiker rannten offene Türen ein. Der Bundesrat anerkannte: Es muss eine Lösung her. Das Parlament stimmte einer entsprechenden Motion der Gesundheitskommission des Ständerats zu. Das ist über zwei Jahre her. Passiert ist nichts. Dem Kinderspital in St. Gallen geht es finanziell nicht besser, im

Gegenteil. Mehr denn je ist es auf Spenden angewiesen, im Frühling fand hierfür erstmals eine Charity-Veranstaltung statt. Auch die finanziellen Schwierigkeiten der anderen spezialisierten Kinderspitäler – nebst St. Gallen und Basel sind dies Zürich, Bern, Lausanne und Genf – sind nicht behoben.

Jetzt macht die Ostschweiz erneut Druck auf nationaler Ebene. Vor zehn Tagen forderten die Ostschweizer Gesundheitsdirektoren den Bundesrat auf, die Motion endlich umzusetzen. Im Parlament doppelt nun Ständerat Benedikt Würth (Die Mitte/SG) nach und stellt dem Bundesrat in einem Vorstoss kritische Fragen.

Nochmals Jahre bis zur Lösung?

Würth stellt fest, dass zwar der Bund und die Tarifpartner – die Leistungserbringer und Versicherer – Gespräche geführt hät-



Die Politik hat Hilfe versprochen, aber noch nicht geliefert: Das Ostschweizer Kinderspital kann sich nur dank Spenden über Wasser halten. Bild: Benjamin Manser

ten und eine gewisse Annäherung stattfinde. Doch bis der neue Arzttarif Tardoc eingeführt sei, werde es noch lange dauern. Das Problem der Kinderspitäler drohe in diesen umfassenden Reformbestrebungen des Gesundheitswesens unterzugehen. «Es kann nicht sein, dass die Tariffraße bei den Kinderspitälern

auf die lange Bank geschoben wird.» Der St. Galler Ständerat fragt den Bundesrat im Vorstoss, warum er das Problem der Unterfinanzierung der spezialisierten Kinder- und Jugendmedizin denn nicht abgekoppelt und direkt behoben habe. «Das Bundesamt für Gesundheit hätte die Mittel, den Prozess zu be-

schleunigen. Der Bundesrat muss auch handeln, denn der Auftrag des Parlaments ist klar.»

Der Bundesrat habe ja selber darauf hingewiesen, dass ein Eingreifen auch ohne Gesetzesänderung möglich sei. Würth will nun von der Regierung wissen, wie der Fahrplan konkret aussieht und was sie zur Lösung beiträgt.

Bund schiebt Verantwortung ab

Angesprochen auf diese Sache, sagt Würth: «Obwohl sich eigentlich alle einig sind, wird das Problem der Kinderspitäler vom Bund wieder den Tarifpartnern zugeschoben. Das ist ein unsägliches Vorgehen.»

Die Situation sei erst recht störend, weil in der Kindermedizin die geografischen Strukturen eigentlich bereinigt seien, sagt Würth. «Wir haben kein Überangebot an Kinderspitälern in der Schweiz und die interkanto-

nale Zusammenarbeit funktioniert.» Deren Auslastung ist hoch, wie sich gerade in den vergangenen Wochen zeigte. Eine heftige Welle an Erkrankungen mit dem RS-Virus führte dazu, dass kleine Patientinnen und Patienten teils quer durch die Schweiz verlegt werden mussten, weil manche Kinderspitäler an den Anschlag kamen.

Würth hat seine Interpellation am Mittwoch eingereicht, mit Unterstützung der anderen Ostschweizer Ständeräte.



Benedikt Würth, St. Galler Mitte-Ständerat. Bild: Simon Tanner

Kanton St. Gallen eröffnet Asylzentrum früher als geplant

Die Personalsuche für das Asylzentrum Linth ist laut Jürg Eberle, Leiter des St. Galler Migrationsamtes, schwierig.

Rossella Blattmann und Eva Wenaweser

Bund, Kantone und Gemeinden sind gleichzeitig mit den Folgen des Krieges in der Ukraine und mit einer stark steigenden Zahl neuer Asylgesuche konfrontiert. Wie die Staatskanzlei des Kantons St. Gallen am Donnerstag in einer Mitteilung schreibt, suchten aus der Ukraine bisher über 60 000 Personen Schutz in der Schweiz. Da die vom Bund betriebenen Unterkünfte nicht ausreichen, um alle Asylsuchenden unterzubringen, beschleunigte das Staatssekretariat für Migration (SEM) seit Anfang November die Verteilung auf die Kantone. Weiter heisst es: «So werden neu auch Personen, deren Asylverfahren noch nicht abgeschlossen ist, frühzeitig an die Kantone zugewiesen.»

Für den Kanton St. Gallen bedeute dies, dass die regulären Unterbringungskapazitäten aktuell voll belegt seien und Massnahmen ergriffen werden, um zusätzliche Plätze zu schaffen. Insbesondere werde die für den Januar 2023 geplante Eröffnung des Zentrums mit Integrationscharakter für Asylsuchende Linth in Uznach um einen Monat vorgezogen.

Die Inbetriebnahme soll so schnell wie möglich erfolgen. In Uznach stehen 120 Plätze zur Verfügung. Weil noch nicht alle Stellen für den Betrieb des Zentrums besetzt werden konnten, werde der Betrieb des Asylzentrums durch die Regionale Zivilschutzorganisation Zürichsee Linth bis etwa Mitte Januar 2023 unterstützt.

Der Kanton stehe in engem Kontakt zum Bund und den Ge-

meinden und prüfe laufend, ob weitere Massnahmen erforderlich seien. Abschliessend heisst es im Communiqué: «Insbesondere ist nicht auszuschliessen, dass bis Frühjahr 2023 weitere Unterkünfte benötigt werden.» Dabei könnten Kanton und Ge-

meinden weiterhin auf die Unterstützung des Zivilschutzes zählen.

Afghanistan, die Türkei, Venezuela

Derzeit würden die letzten Vorbereitungen zur Eröffnung des

Vorstoss zur Flüchtlingssituation im Rheintal

Die angespannte Asylsituation gab diese Woche auch an der Novembersession im St. Galler Kantonsrat zu reden. Die SVP-Fraktion hatte einen dringlichen Vorstoss über die «Dramatische Lage an der Ostgrenze aufgrund massenhafter illegaler Einreisen» eingereicht. In ihrer Antwort hält die St. Galler Regierung fest, dass es sich bei der Flüchtlings-

situation an der Ostgrenze nicht um ein ausschliesslich sankt-gallisches, sondern ein europäisches Problem handelt, das zusammen mit dem Bund gelöst werden muss. Den Einsatz der Armee oder den Bau von Haftanstalten, wie sie die SVP in ihrer Interpellation forderte, hält die St. Galler Regierung für keine angemessene Lösung. (bro)

Asylzentrums Linth laufen, sagt Jürg Eberle, Leiter des Migrationsamtes des Kantons St. Gallen, am Donnerstagnachmittag auf Anfrage. Laut Eberle sollen bei Bedarf sofort Personen im ehemaligen Pflegezentrum Linthgebiet (PLZ) in Uznach einziehen können. «Konkret bedeutet dies, dass ab heute der Betrieb aufgenommen werden kann.»

Zur stark steigenden Zahl an Asylsuchenden sagt Eberle: «In den letzten Wochen wurden wöchentlich 60 bis 80 Personen dem Kanton St. Gallen zugeführt.» Gemäss SEM kommen diese Menschen momentan vor allem aus Syrien, Afghanistan, der Türkei, Venezuela oder Kolumbien.

Die Rekrutierung von Personal sei aufgrund der Dringlichkeit und des Fachkräftemangels

in einigen Bereichen eine grosse Herausforderung, ergänzt Eberle. «Insbesondere bei Lehrpersonen sowie Mitarbeitenden im sozialen und sozialpädagogischen, aber auch im gesundheitlichen Bereich.» Ausserdem suche man Personen für den Nacht- und Wochenenddienst, so Eberle.

Im Gespräch mit diversen Eigentümern

Das St. Galler Migrationsamt ist laut Eberle «in allen Teilen des Kantons» im Gespräch mit verschiedenen Eigentümern von Liegenschaften oder Betreibern von geeigneten Objekten, die sich für weitere Asylunterkünfte eignen würden. «Dem Migrationsamt wurden auch verschiedene Angebote unterbreitet, welche wir gerne prüfen werden.»

ANZEIGE



LABHART
CHRONOMETRIE & GOLDSCHMIEDE

Neugasse 48 | 9000 Sankt Gallen
chronometrie.ch